

FDP in der Krise: Parteiführung plant heimlich Koalitionsbruch!

Die FDP plant Koalitionsbruch der Ampel und sorgt für Empörung unter Parteimitgliedern und Koalitionspartnern.



Die FDP steht im Fokus heftiger Kritik, nachdem ein internes Strategiepapier veröffentlicht wurde, das die akribische Planung zum Ausstieg aus der Ampel-Koalition dokumentiert. Laut Informationen von **Berlin Live** sieht die Parteispitze die Entscheidung als ihre beste Option in Anbetracht der momentanen politischen Situation. In dem auf acht Seiten verfassten Dokument werden Begriffe wie „D-Day“ und „offene Feldschlacht“ verwendet, was Sorgen und Empörung sowohl innerhalb der Partei als auch bei den Koalitionspartnern ausgelöst hat.

Die Reaktionen aus den eigenen Reihen der FDP sind gemischt. Während die Parteiführung, vertreten durch Generalsekretär

Bijan Djir-Sarai, versucht, das Papier als notwendige Vorbereitung zu legitimieren, melden sich immer mehr Mitglieder zu Wort, die das Vorgehen kritisieren. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, ein prominentes Mitglied der FDP, fordert mehr Selbstkritik und eine klare Aufarbeitung der Situation. Dies spiegelt sich in Äußerungen der Basis wider, die eine Rücktrittsforderung an die Parteispitze laut werden lassen, da die Stimmung aufgrund der Dringlichkeit und der Wortwahl in dem Inhalt aufgebracht ist, wie **ZDF berichtet**.

Empörung von Koalitionspartnern

Die Reaktionen der anderen Parteien sind ebenfalls einzigartig angespannt. SPD-Generalsekretär Matthias Miersch hat der FDP vorgeworfen, die Öffentlichkeit mehrfach getäuscht zu haben, und fordert eine Entschuldigung von Parteichef Christian Lindner. Miersch bezeichnete die Verwendung des Begriffs „D-Day“ als „zynisch“ und sagte, die Bürger sollten sich ein klares Bild von der Situation machen. Auch die Grünen zeigen sich empört und kritisieren die parteiinterne Kommunikation scharf. Für viele Mitglieder der FDP wird die Situation zunehmend unerträglich, und die Frage nach der Verantwortung der Parteiführung steht im Raum, insbesondere angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl im Februar 2025.

Details	
Quellen	• www.berlin-live.de • www.zdf.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de